



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 9. Sitzung des Ortsbeirates Prohlis (OBR Pro/009/2015)**

**am Montag, 7. September 2015,**

**17:00 Uhr**

**im Ortsamt Prohlis, Bürgersaal,  
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 20:25 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Dr. Claus-Peter Geier

Ralf Leidel

Denny Schneider

Martin Stein

Heiko Thater

Mitglied Liste DIE LINKE

Annett Adam

Eva Apfelbaum

Frank Christian Ludwig

Mitglied Liste SPD

Dorothee Marth

Uwe Petersen

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Harald Gilke

Thomas Golbing

Mitglied Liste FDP

Gerhard Staudinger

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Peter Munkelt

Stellvertretende Mitglieder

Dr. Hannelore Franck

Steve Leukert

Marco Rehländer

Klaus Rentsch

Viktor Vincze

Vertretung für Frau Julia Günther

Vertretung für Herrn René Despang

Vertretung für Herrn Martin Hilbig

Vertretung für Herrn Mario Schmidt

Vertretung für Herrn Rüdiger Kubsch

**Verwaltung:**

Frau Müller	GB 6, 61.4.3
Frau Fritzsche	GB 2, 27.23
Frau Hänsch	GB 5, 50.22
Frau Fritzsche	GB 5, 50.01

**Gäste:**

Peter Weckbrodt	DNN
Herr Ziegner	Prohliser Zeitung
Ulrike Caspary	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Katrin Lindner	QM Prohlis
Veronika Gottmann	QM Prohlis
Daniela Wange	SPD
Annechristin Bonß	Sächsische Zeitung
Thomas Pallut	AWO
Gunter Jentzsch	AWO
Dr. Beate Hilbert	AWO
Dr. Peter Kühn	Diakonie
Herr Herold	Architekt IPRO

**Schriftführer/-in:**

Steffen Schüller	Sachbearbeiter Ortsbeirat
------------------	---------------------------

## T A G E S O R D N U N G

### Öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 8. Ortsbeiratssitzung am 22.06.2015
- 2 Ersatzneubau Kinder- und Jugendhaus (KJH) "Pixel" und Abbruch Bestandsgebäude auf der Elsterwerdaer Straße 21, 01239 Dresden **V0545/15  
beratend**
- 3 Bereitstellung und Betreibung des Objektes Prohliser Allee 3 und 5 als Übergangwohnheim mit 20 Plätzen für ältere wohnungslose Menschen und Festsetzung des Kostensatzes zur Betreibung **V0619/15  
beratend**
- 4 Geplante Erweiterung des Palitzschhofes als Kulturzentrum in Prohlis umsetzen **A0111/15  
beratend**
- 5 Einhaltung des Schulnetzplanes (SNP):  
Schulbeginn Gymnasium Prohlis 2016/2017, Einhaltung aller festgelegten Anzahlen an Zügen an Gymnasien laut SNP, Vitzthum-Gymnasium Dresden: 4 Züge bis zur Umsetzung der baulichen Erweiterung **A0101/15  
beratend**
- 6 Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet umsetzen! **A0116/15  
beratend**
- 7 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte
- 8 Informationen des Ortsamtsleiters (u. a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)

öffentlich

**Einleitung:**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 8. Ortsbeiratssitzung am 22.06.2015**

Ortsamtsleiter Herr Lämmerhirt begrüßt die Ortsbeiräte und Ortsbeirätinnen und stellt bei 18 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest. Frau Adam wird später zur Sitzung erscheinen. Frau Günther, Herr Kubsch, Herr Hilbig, Herr Schmidt und Herr Despang fehlen entschuldigt und werden durch ihre jeweiligen Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen vertreten.

Die Einladung zur Sitzung erging form- und fristgerecht. Einwände gegen die Tagesordnung gibt es nicht. Herr Lämmerhirt bittet darum, den Antrag unter TOP 6 (geplante Erweiterung Palitzschhof) vorzuziehen, da ein anwesender Stadtrat gern der Diskussion zu diesem Thema beiwohnen möchte. Dem wird zugestimmt.

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird einstimmig bestätigt. Für die Unterschriften unter die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Herr Thater und Herr Ludwig bestimmt.

**2 Ersatzneubau Kinder- und Jugendhaus (KJH) "Pixel" und Abbruch Bestandsgebäude auf der Elsterwerdaer Straße 21, 01239 Dresden** **V0545/15 beratend**

Herr Lämmerhirt begrüßt Frau Fritzsche vom Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften, Frau Müller vom Stadtplanungsamt, den federführenden Architekten Herrn Herold (IPRO) sowie Herrn Dr. Kühn, Bereichsleiter für offene Kinder- und Jugendarbeit bei der Diakonie und geht auf den schwierigen Weg ein, den das Projekt bisher genommen habe. Er sei froh, dass nunmehr eine Terminkette für die Maßnahmen stehe.

Frau Müller bestätigt das harte Ringen um das neue Gebäude. Zu den Rahmenbedingungen führt sie aus, dass es sich bei dem alten Gebäude um eine ehemalige Kita handle, für die bereits einmal Fördermittel aufgewendet worden seien (Bindefrist 2006 ausgelaufen). Ab 2011 sei die zeitliche Nutzungsbegrenzung immer deutlicher geworden, 2014 erfolgte dann die endgültige Schließung (mangelnder Brandschutz). Die Vorplanungen zur Zukunft des Pixel liefen seit 2012 (einschließlich Variantenvergleich Sanierung im Bestand, Aufstockung, Abbruch und Neubau). Ebenfalls 2012 habe man bei der SAB einen Fördermittelantrag gestellt. Diese habe die Zustimmung zur Förderung von einem gesicherten Finanzierungskonzept abhängig gemacht, was zur Reduzierung des Projektes geführt habe (einschl. Anpassung Nutzungskonzept). Das nunmehrige einstöckige Gebäude sei für die geplante Nutzung geeignet. Der Ersatzneubau werde ca. 1,6 Mio. EUR kosten, der Abbruch ca. 108 TEUR. Die Fördermittel würden in Finanzierungsabschnitten ausgegeben, danach richte sich der Bauablauf.

Lt. Herrn Herold habe die IPRO im Sommer 2014 erste Vorplanungen des Hochbauamtes übernommen, Aufgabe sei es gewesen, daraus eine finanzierbare Entwurfsplanung zu entwickeln. Anhand einer Präsentation wird der Baukörper vorgestellt. Der eingeschossige Flachbau werde

an gleicher Stelle wie das alte Gebäude errichtet. Der übrige Bereich einschließlich Abenteuerspielplatz bleibe unberührt. Das vorgegebene Raumprogramm sowie der benannte Kostenrahmen hätten bei den Raumgrößen Reduzierungen erforderlich gemacht. Dennoch seien erste Kostenberechnungen immer noch zu hoch gewesen (1.7 Mio EUR ohne Abbruch). In Zusammenarbeit mit dem künftigen Nutzer habe man daher Standards nochmals herunter gebrochen und sich bemüht, weitere Streichungen nicht zu Lasten des funktionalen Programms gehen zu lassen.

Herr Herold erläutert Funktionen einzelner Räume. Der Bauablaufplan sehe die Ausschreibung der Bauleistungen im ersten Quartal 2016 vor. Auf Grund der späten Ausreichung der Fördermittel werde erst im August 2016 mit dem Hochbau begonnen. Die Abbruchleistungen seien bereits vergeben und würden noch in diesem Jahr erfolgen (einschließlich Auffüllung Abbruchgrube Keller). Der Abenteuerspielplatz solle weiterhin nutzbar sein. Die Fertigstellung sei für Juli 2017 geplant.

Herr Kühn geht kurz auf den Abenteuerspielplatz ein, leider sei dessen Nutzung (eigenes Angebot, täglich zwischen 40 bis 80 Kinder) zum 30.09.2015 vorübergehend gekündigt worden. Geplant sei für eine Übergangszeit ein mobiles Angebot auf einem benachbarten Spielplatz zu schaffen. Für die Medienanbindung des Abenteuerspielplatzes während der Bauzeit habe man einen Fördermittelantrag gestellt. Der Regiebetrieb habe die Nutzung ab Mitte Dezember in Aussicht gestellt.

*17.33 Uhr Frau Adam erscheint zur Sitzung.*

Herr Lämmerhirt dankt für alle Ausführungen und bittet die Ortsbeiräte um Rückfragen:

Herr Schneider: Gibt es einen Winterbau, es seien keine diesbezüglichen (Mehr)Kosten eingestellt?

Herr Herold: Ursprünglich habe man mit einer Bauzeit von neun Monaten im Sommer gerechnet, auf Grund der Planungsanpassungen und der Finanzierungsscheiben ginge dies leider nicht, dennoch werde nicht im Winter gebaut. Sollte der Bauablauf noch beschleunigt werden und ein Winterbau erforderlich werden, wäre dies mit zusätzlichen Kosten verbunden (z. B. für Bauheizung).

Da das Vorhaben im Bereich der Sozialen Stadt eingegliedert sei, die eine 1/3-Eigenfinanzierung vorsehe, möchte Herr Schneider weiterhin wissen, warum in den Unterlagen nur von 25 Prozent Eigenmitteln die Rede sei?

Frau Müller: Die Fachförderrichtlinie für Jugendbauten sehe eine Förderung von 75 Prozent vor, wobei diese 75 Prozent Dreidritteln entspräche. Somit müsse die Stadt insgesamt sogar 50 Prozent, also die Hälfte der Bausumme, selber tragen.

Herr Schneider hinterfragt die hohe Anzahl von 20 PC-Plätzen, gibt es dafür einen Bedarf?

Herr Dr. Kühn: Medienpädagogik sei schon immer ein Schwerpunkt von Pixel, derzeit gäbe es ca. 15 PC-Plätze. Kinder und Jugendliche im Gebiet hätten kaum gute Rechner bzw. Internetverbindungen zu Hause. Er lädt die Ortsbeiräte ein, sich die jetzige Interimslösung Elsterwerdaer Str. 11 in den Nachmittagsstunden einmal anzusehen.

Frau Marth: Wie war die Nutzungsfläche bisher, könne das jetzige Konzept übernommen werden?

Herr Dr. Kühn: Im alten Gebäude habe es mehr Fläche gegeben, die allerdings nicht optimal genutzt werden konnte. Es gäbe nunmehr eine Verkleinerung um ca. die Hälfte, wobei besonders die fehlenden Lagerräume bedauerlich seien. Das Konzept solle so gut wie möglich weitergeführt werden.

Weiter möchte Frau Marth wissen, weshalb der Abenteuerspielplatz gekündigt wurde? Traurig mache sie, dass nunmehr Gelder, die für die freie Jugendarbeit gedacht seien, für die Baustellensicherung Verwendung finden sollen.

Frau Fritzsche: Die Sperrung sei aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Sicherheit für Leib und Leben erforderlich. Es werde nach dem Abbruch eine Vereinbarung mit dem Betreiber für die Nutzung des Abenteuerspielplatzes während der Bauzeit geben. Nach Fertigstellung 2017 werde ein generell neuer Mietvertrag abgeschlossen.

Herr Munkelt: Die vorläufige Schließung des Abenteuerspielplatzes sei aus seiner Sicht nicht befriedigend, wie sieht das mobile Übergangsangebot konkret aus?

Herr Dr. Kühn: Der Spielplatz (Senftenberger Straße) solle für ein Kontaktangebot genutzt werden, wichtig sei, dass man ein Angebot im Außenbereich habe. Die Möglichkeiten des jetzigen Abenteuerspielplatzes werde dies aber nicht ersetzen können.

Herr Munkelt benennt einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses, der keine Schließung während der Bauzeit vorsehe. Wird dieser Beschluss nunmehr ausgehebelt?

Herr Lämmerhirt: Er könne die Schließung ebenfalls nicht verstehen, Anwohner würden während des Abrisses auch nicht evakuiert. Die Schließzeit liege auch direkt in den Herbstferien. Mit den nötigen Abstandsflächen könne man sich sicher arrangieren.

Herr Dr. Kühn: Die Baustelle selbst werde normal abgesichert, allerdings könne die Medienabsicherung während des Abbruchs nicht gewährleistet werden.

Herr Munkelt kritisiert die lange Spanne zwischen Abbruch und Baubeginn, dies sei der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln. Die Fördermittelausreichung sollte gestrafft werden, evtl. könnte man das Projekt mit Mitteln aus anderen Töpfen zwischenfinanzieren.

Frau Müller: Die Forderung sei verständlich, sie gibt aber zu bedenken, dass die längste Zeit der bisherigen Planung für die Zusammenstellung der Finanzen verwendet worden sei. Dies nochmals neu zu bewerten, wäre dem Projekt nicht zuträglich.

Herr Munkelt kündigt an, am Ende der Diskussion einen Ergänzungsantrag einzubringen.

Herr Thater: Ist das alte Gebäude asbestbelastet? Wenn ja, sind die Abbruchkosten dann nicht zu gering angesetzt?

Herr Herold: Es gäbe eine Asbestbelastung, dies sei in den Kosten jedoch berücksichtigt.

Herr Gilke: Bei Betrachtung der steigenden Bevölkerungsentwicklung fragt er sich, ob es eine strategische Entwicklung für den Standort gibt? Bestehen künftige Erweiterungsmöglichkeiten?

Frau Müller: Die Planungen erfolgten in enger Abstimmung mit dem Jugendamt, dieses habe der Nutzung für die nächsten dreißig Jahre zugestimmt.

Herr Munkelt stellt folgenden Ergänzungsantrag:

**3. Auf Grund der wichtigen Ersatzfunktion seit Schließung des bisherigen Kinder- und Jugendhauses ist die durchgehende Öffnung des benachbarten Abenteuerspielplatzes während der gesamten Bauzeit zu gewährleisten. Die ausgesprochene Kündigung ist zurückzunehmen.**

Abstimmung Ergänzung: Zustimmung  
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 3

**4. Vor dem Hintergrund der Dringlichkeit der Maßnahme ist der geplante Bauablauf nochmals zu straffen. Vorgaben des Finanzplans sind entsprechend anzupassen.**

Abstimmung Ergänzung: Ablehnung  
Ja 1 Nein 4 Enthaltung 14

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Der Ortsbeirat Prohlis stimmt der Vorlage einschließlich einer Ergänzung einstimmig zu.

<b>3</b>	<b>Bereitstellung und Betreuung des Objektes Prohliser Allee 3 und 5 als Übergangwohnheim mit 20 Plätzen für ältere wohnungslose Menschen und Festsetzung des Kostensatzes zur Betreuung</b>	<b>V0619/15 beratend</b>
----------	--	------------------------------

Herr Lämmerhirt begrüßt zur Vorstellung der Vorlage Frau Fritzsche und Frau Hänsch vom Sozialamt, des Weiteren den Geschäftsführer der AWO, Herrn Pallut, sowie die Prokuristin, Frau Hilbert. Er kritisiert die Berichterstattung der Medien in den Sommermonaten zu diesem Thema, die kein positives Licht auf Prohlis geworfen habe.

Frau Fritzsche erläutert den Ausgangspunkt der Überlegungen, die Unterbringung wohnungsloser Personen über 60 Jahre mit einer Verweildauer von über fünf Jahren in einem Übergangwohnheim sei problematisch. Benötigt werde eine Dauerunterkunft für diese Personen (Unterstützungsbedarf, jedoch keine Pflegestufe). Auf Grund der Barrierefreiheit im angedachten Objekt könnten auch Personen mit einer Körperbehinderung untergebracht werden. Bisher sei die Einrichtung für die Kurzzeitpflege genutzt worden (450 m<sup>2</sup> Nutzfläche), die Raumstrukturen seien daher optimal (nur geringe Umbauarbeiten erforderlich). Auch die sehr gute Anbindung an den ÖPNV sei von Vorteil. Bei der AWO handle es sich um einen sehr erfahrenen Betreiber. Geplant seien vorrangig Zweibettzimmer mit einfachen Standards. Der Betreiber werde ständig vor Ort sein und die äußere und innere Sicherheit gewährleisten. Die Betreuung werde bewohnerbezogen erfolgen (niederschwellige Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten). Im gesamten Stadtgebiet gäbe es derzeit 280 Plätze in Übergangwohnheimen für Wohnungslose zuzüglich 20 Plätzen in Gewährleistungswohnungen. Das Objekt soll bereits zum 01. Oktober in Betrieb gehen.

Herr Leidel: Wie viele Betroffene gibt es für das Angebot, wie viele davon sind weiblich bzw. männlich? Wurde mit den Betroffenen gesprochen, wollen diese solch ein Angebot?

Frau Hänsch: Im gesamten Stadtgebiet gäbe es derzeit 32 Personen, für die das Angebot in Frage komme. Es handle sich um überwiegend männliche Personen.



Es sei durchaus schwierig, bedarfsgerechte Angebote an Wohnungslose zu vermitteln, für das Angebot spreche aber, dass es sich um keine stationäre Einrichtung handle und den Bewohnern weitestgehend die Selbstständigkeit garantiert werde.

Frau Marth: Warum gibt es die Kurzzeitpflege nicht mehr?

Herr Pallut: Die Belegung der Kurzzeitpflegeplätze sei nicht mehr kostendeckend gewesen.

Herr Staudinger: Warum spricht man von Übergangswohnheim, es handelt sich doch für die Betroffenen um keinen Übergang?

Frau Hänsch: Sicher werde es keinen Übergang geben, der Begriff rühre aus der (dem Vorhaben zugrunde liegenden) Satzung.

Weiter fragt Herr Staudinger, was mit polizeilicher Betreuung gemeint ist?

Frau Hänsch: Die Unterbringungspflicht leite sich aus dem Polizeirecht ab (Rechtsgrundlage für die Unterbringung), gemeint sei damit eine niederschwellige Sozialarbeit.

Abschließend hinterfragt Herr Staudinger die Formulierung in der Vorlage „Der Stadtrat beschließt die haushaltneutralen finanziellen Auswirkungen...“.

Frau Fritzsche: Die anfallenden Kosten seien ermittelt worden und würden den Bewohnern in Rechnung gestellt, die Abdeckung erfolge dann aber in der Regel über den Sozialhilfeträger.

Herr Leidel: Die Zuschnitte der Bewohnerzimmer fielen z. T. sehr klein aus (Spanne zwischen 11,73 m<sup>2</sup> und 27,95 m<sup>2</sup>).

Frau Hänsch: Dies sei dem Gebäudezuschnitt geschuldet, kleinere Zimmer würden als Einzelzimmer genutzt.

Herr Schneider: Wie genau sehen die in der Vorlage benannten Synergien des Vorhabens zugunsten des Bereichs Asyl aus?

Frau Hänsch: Bewohner auf der Pillnitzer Landstraße und der Florian-Geyer-Straße würden umgesetzt und die Plätze dort ausschließlich für Asylbewerber genutzt (keine Mischnutzung mehr).

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig  
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Herr Lämmerhirt dankt für die Vorstellung und wünscht der AWO viel Erfolg bei der Betreibung der Einrichtung.

**4 Geplante Erweiterung des Palitzschhofes als Kulturzentrum in Prohlis umsetzen A0111/15 beratend**

Den interfraktionellen Antrag bringt Ortsbeirat Herr Ludwig ein. Das Projekt würde nun schon sehr lange auf eine Realisierung warten, ohne dass es dabei zu echten Fortschritten gekommen sei. Der Antrag solle die Umsetzung des Vorhabens befördern und gleichzeitig die Haushaltsmittel für den Erwerb des Gebäudes sichern. Den einreichenden Fraktionen sei sehr daran gelegen, dass das Projekt nicht unter den Tisch falle.

Herr Stein erinnert daran, dass dieses Thema die Verwaltung schon seit über zwanzig Jahren beschäftige und bringt verschiedene Aktionen der Vergangenheit einschließlich einer Konzepterstellung in Erinnerung. Das Vorhaben müsse zügig umgesetzt werden.

Herr Lämmerhirt möchte zunächst seine eigenen Wahrnehmungen zu diesem Thema benennen. Er habe sich zum einen über den Antrag gefreut, zum anderen geärgert. So freue er sich, dass das Thema bei den Fraktionen weiterhin präsent sei. Ärgerlich sei, dass die bisherige intensive Arbeit vieler Akteure nicht wahrgenommen werde. Es habe sich als sehr problematisch herausgestellt, dass das künftige Bürgerhaus keinem Geschäftsbereich eindeutig zugeordnet werden könne. In Sachsen habe das Projekt Modellcharakter. Er selbst habe über seinen Bürgermeister das Thema immer wieder in die Dienstberatung der Oberbürgermeisterin eingebracht. Auch gab es Gespräche mit den Bürgermeistern für Soziales und Kultur an seinem Tisch. Zuletzt habe man das Konzept nochmals präzisiert (Workshop im Oktober letzten Jahres) und durch die Fach-AG überarbeitet. Seitdem habe es bis jetzt gebraucht, dass das Hochbauamt einen Bedarfsplan erstellt, um die künftige Finanzierung abzuklären. Ihm liege der vorläufige Bedarfsplan vor (einschl. Abstimmung mit Denkmalschutz, Diskussion Nutzung Dachgeschoss). Derzeit liefen Gespräche des Liegenschaftsamt mit dem Eigentümer, es bestünde weiterhin Verkaufsbereitschaft.

Als nächsten Schritt kündigt Herr Lämmerhirt eine Beratung der Fach-AG zum Bedarfsplan an, bevor der Ortsbeirat konkreter informiert werde. Er bedauere, dass das Gebäude immer noch nicht erworben worden sei. Prohlis brauche sein Bürgerhaus!

Herr Golbing: Er kenne das Nutzungskonzept nicht, ist es geplant, Vereine, die sich politisch betätigen, dort anzusiedeln?

Herr Lämmerhirt: Das Bürgerhaus habe wie erwähnt eine lange Geschichte, Bedarfe im Gebiet seien abgefragt worden. Geplant sei, verschiedene ehrenamtliche Initiativen auf dem Gebiet der Gemeinwesenarbeit zu unterstützen. Die überarbeitete Konzeption werde wie gesagt demnächst vorgestellt.

Herr Gilke stellt den Änderungsantrag, das Datum für die Vorlage des Konzeptionsstandes an den Stadtrat auf den 15.10.2015 zu ändern, dann könne der Stadtrat das Thema noch im Oktober behandeln.

Herr Staudinger fragt, was aus Sicht der Verwaltung ein realistisches Datum wäre?

Herr Lämmerhirt plädiert für den 31.01.2016, da es um das Spannungsfeld zwischen zwei Bürgermeistern gehe (Kultur, Soziales). Für entsprechende Gespräche brauche es auf Grund der Neubesetzungen eine gewisse Zeit.

Herr Gilke schließt sich dem an und ändert seinen Antrag.

Herr Leidel: Das Vorhaben bestehe seit 1991, dass es bis heute nicht geworden sei, sei unerträglich. Es fehle das klare Bekenntnis der Stadt zum Erwerb.

Herr Ludwig schlägt als Datumsänderung den 31.12.2015 vor, er selbst werde mit den zwei Bürgermeisterinnen reden. Die Vorlage müsse in einem der Fachbereiche angesiedelt werden.

Herr Lämmerhirt gibt zu bedenken, dass in dem Haus noch eine ältere Familie lebt, hier müsse sensibel vorgegangen werden (Stichwort Schutzbedürftigkeit).

Frau Marth: Sie wisse um das Bemühen des Ortsamtes in der Sache. Da eine der Bürgermeisterinnen an dem Antrag mitgearbeitet habe, unterstützt sie den Vorschlag von Herrn Ludwig.

Herr Leidel schlägt vor, statt eines Datums „umgehend und ohne weitere Verzögerung“ zu verwenden.

Herr Rentsch berichtet von der Behandlung des Antrags im Kulturausschuss, Herr Dr. Lunau habe deutliche Worte in der Sache gefunden. Problematisch sei tatsächlich die Zuordnung zu einem Geschäftsbereich. Er schlägt die Formulierung „unverzüglich“ vor.

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat den Stand der Konzeption für den Betrieb eines erweiterten Palitzschhofes als Kultur- und Stadtteilzentrum ~~bis zum 31.08.2015~~ **unverzüglich** vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung mit Änderung  
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Herr Gilke bittet Herrn Ludwig, wenn es zu einem Gespräch mit den Bürgermeisterinnen kommt, den Ortsbeirat über das Ergebnis zu informieren.

*18.55 Uhr Herr Rentsch verlässt die Sitzung.*

<b>5</b>	<b>Einhaltung des Schulnetzplanes (SNP): Schulbeginn Gymnasium Prohlis 2016/2017, Einhaltung aller festgelegten Anzahlen an Zügen an Gymnasien laut SNP, Vitzthum-Gymnasium Dresden: 4 Züge bis zur Umsetzung der baulichen Erweiterung</b>	<b>A0101/15 beratend</b>
----------	---	------------------------------

Den interfraktionellen Antrag bringt Frau Caspary von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Ziel des Antrages sei es, den Umgang der Stadt mit dem Schulnetzplan zu ändern. Dieser sei vom Stadtrat beschlossen und vom Kultusministerium genehmigt worden. Leider käme es nunmehr zu Abweichungen von den Festlegungen, was der Stadtrat als Missachtung der kommunalen Selbstverwaltung empfinde. Das künftige Gymnasium Prohlis sei für die Aufwertung des Wohnquartiers Prohlis wichtig, außerdem benötige man diese Plätze dringend. Andere Gymnasien müssten bereits zusätzliche Züge aufnehmen (z. B. Hülße-Gymnasium), worunter die Bildungsqualität leide. Auch würden derzeit alle Klassen mit der Maximalzahl von 28 Plätzen aufgefüllt. Dies widerspräche z. B. dem Gedanken der Inklusion. Auch wäre der Erziehungsauftrag der Lehrer gefährdet. Die Begründung, dass es nicht genügend Anmeldungen für Prohlis gegeben haben, sei haltlos. Andere gestartete Gymnasien habe man ebenfalls über Umlenkungen eröffnet. Es fehle einfach der Wille zur Gründung des Gymnasiums Prohlis. Geplant sei, einen Runden Tisch zu diesem Thema zu schaffen, der den Start des Gymnasiums unterstützen und begleiten soll. Frau Caspary bittet den Ortsbeirat um Unterstützung des Anliegens.

Herr Lämmerhirt geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein, diese lehne den Antrag ab. Fakt sei, dass der Schulnetzplan leider nur in Teilen genehmigt worden sei. Die Zügigkeit gehöre nicht dazu, diese werde jedes Jahr neu festgesetzt. Für Prohlis habe es eine Vorgabe gegeben, wie viele Schüler und Schülerinnen sich anmelden müssen. Da im nächsten Schuljahr die Schü-

lerzahlen konstant blieben, sei wieder mit Umlenkungen, statt einer Eröffnung, zu rechnen. Leider fehlten dem Freistaat die Lehrer für eine Neugründung, auch stelle die Klagefreudigkeit von abgewiesenen Familien die Verwaltung vor Probleme. Er persönlich wünsche sich die Eröffnung sehr, der Bedarf sei auch aus seiner Sicht durchaus vorhanden. Spätestens ab 2017 würden die Schülerzahlen stark ansteigen.

Herr Gilke: Er plädiert dafür, dass der Ortsbeirat unabhängig von der Stellungnahme der Verwaltung sich der Sache annehmen sollte. Der Verwaltung müsse ein klares Zeichen gesendet werden, er bittet ebenfalls um Zustimmung zum Antrag.

Herr Schneider: Er wünscht sich, dass der Ortsbeirat mehr in die Planungen einbezogen wird. Man sollte auch andere Standorte prüfen. Er selbst kennt das Objekt auf der Boxberger Straße und hält die Funktionsfähigkeit für fraglich (z. B. verschlissene Toiletten, fehlender Sonnenschutz, defekte Tafeln).

Herr Lämmerhirt erinnert an die Vorstellung zur Sanierung der Schule im Ortsbeirat. Immerhin seien 23 Mio. EUR für dieses Vorhaben im Haushalt eingeplant. Er habe den Vorschlag gemacht, bereits jetzt mit der Sanierung zu beginnen, auf Grund eines fehlenden Planungsvorlaufes habe das Hochbauamt dies abgelehnt.

Frau Caspary: Die Toiletten habe man im Sommer saniert, weitere Maßnahmen müssten Stück für Stück erfolgen.

Herr Schneider: Könnte man das benachbarte Jugendhaus mit in den künftigen Schulcampus integrieren?

Frau Caspary verweist auf die Vorlage zur Öffnung von schulischen Sportanlagen für den Freizeitbereich, die dies ermöglichen sollte.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig  
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

Der Ortsbeirat Prohlis stimmt dem Antrag einstimmig zu.

## **6 Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet umsetzen!**

**A0116/15  
beratend**

Diesen interfraktionellen Antrag bringt erneut Frau Caspary ein. Die Ortschaftsverfassung solle die demokratische Mitwirkung der Bürger stärken. Dies gelte auch für die Entscheidungsrechte der Ortschaften. Der Antrag diene dazu, die Arbeit der bestehenden Arbeitsgruppe voranzubringen und OrtsamtsleiterInnen und OrtsvorsteherInnen mit einzubinden. In dieser Arbeitsgruppe wolle man gemeinsame Aufgaben definieren, gerade wenn es darum gehe, welche Bereiche in Zukunft in die Zuständigkeit der Ortschaften fallen. Ergebnisse zur finanziellen Ausstattung sollten bis zum 30.11.2015 vorliegen. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Herr Lämmerhirt: Die Stellungnahme der Verwaltung beziehe sich auf die Beanstandung der Landesdirektion sowie auf das offene Verfahren zur anhängigen Klage in der Sache. Wegen dieser habe man die Tätigkeit der Arbeitsgruppe vorerst ruhend gestellt, nichts desto trotz gäbe es

Aktivitäten. Problematisch sei das Verhandeln mit den Fachbereichen, da diese nur ungern Kompetenzen abgeben würden. Die Koalition auf Landesebene plane, die Gemeindeordnung bezüglich kreisfreier Städte so zu ändern, dass eine Ortschaftsverfassung händelbar werde. Derzeit sei in Sachsen Stadtbezirksverfassung und Ortschaftsverfassung getrennt, dies müsse überwunden werden.

Zuletzt hätten sich einige Ortsamtsleiter die Verwaltungsstruktur von Bremen angeschaut, wo das Modell gut funktioniere. Geplant sei, sich Dortmund als Beispiel einer kreisfreien Stadt mit Ortschaftsverfassung anzuschauen. Er appelliert an die Fraktionen und an die Verwaltung, bei der Planung des nächsten Haushaltes künftige Bedarfe zu berücksichtigen.

Herr Gilke: Sind die jetzigen Ortschaftsräte nur übergangsmäßig tätig?

Frau Caspary: Derzeit gäbe es für die Ortschaften Sonderregelungen, diese Rechte sollten erhalten bleiben und vielmehr auf den ganzen Stadtraum ausgeweitet werden.

Herr Lämmerhirt: Es gäbe bei den einzelnen Ortschaften verschiedene Regelungen und Fristen aus den Eingemeindungsverträgen. Es biete sich jetzt die Chance, gemeinsam zu überlegen, wie wir uns in Zukunft das Stadtgebiet vorstellen, ohne den jetzigen Ortschaften etwas wegnehmen zu wollen.

Herr Gilke: Wie soll mit den finanziellen Mitteln politisch umgegangen werden, ohne den Stadtrat zu entmachten?

Frau Caspary: Sicher ginge das Budget der Ortschaften zu Lasten des Stadtrates, allerdings würde dadurch die Basisdemokratie gestärkt.

Herr Gilke: Sollte man nicht erst das ausstehende Urteil abwarten?

Frau Caspary: Die Klage beziehe sich auf den Zeitpunkt der Einführung, in der Sache selbst gebe es mit der Landesdirektion Konsens.

Herr Dr. Geier: Wenn Ortschaften stadtweit eingeführt werden sollen, müsse es klare Gebietsstrukturen dafür geben. Da diese nicht vorliegen, könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Staudinger: Er erinnert an frühere Diskussionen zu Ortsamtsstrukturen. Der Ortsbeirat Prohlis habe die dem Antrag zugrunde liegende Vorlage abgelehnt. Das Beispiel Pixel zeige, dass man solange planen müsse, bis Vorhaben finanzierbar seien. Die heutigen Ortsamtsbereiche stimmten nur selten mit den alten Ortschaften überein, man müsse also über Ortschaftsgrenzen neu nachdenken. Dies sei für das gesamte Stadtgebiet problematisch. Er plädiert dafür, erst einmal eine machbare Struktur der künftigen Ortschaften zu schaffen, bevor über Geld und Befugnisse gesprochen wird. Der Antrag komme zu Unzeit, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation.

Frau Caspary: Parallel zur Arbeitsgruppe könnten weitere Überlegungen zur Machbarkeit erfolgen. Man brauche in der Sache jedoch endlich einmal Ergebnisse.

Herr Lämmerhirt: Seitens der Verwaltung gäbe es erste Überlegungen zur Machbarkeit, auch habe man Zielstellungen für die nahe Zukunft formuliert.

Herr Gilke: Warum soll man sich schon jetzt ein Korsett anziehen, wenn man noch gar nicht weiß, wohin die Reise geht?

Herr Schneider: Er plädiert ebenfalls dafür, vorerst das Gerichtsverfahren abzuwarten. Das Argument der Basisdemokratie finde er scheinheilig.

Herr Stein bringt die Situation nach 1990 in Erinnerung, damals habe die Zeit gefehlt, um Ortschaften sinnvoll aufzuteilen. Diese Zeit sollte man sich diesmal nehmen.

Herr Munkelt: Wir wissen nicht, wie die Änderungen der Gemeindeordnung aussehen werden, dies müsse man abwarten. Er habe bereits in der Vergangenheit zur Einführung der Ortschaftsverfassung seine Bedenken geäußert. Dem Eindruck, dass die Fachämter keine Arbeit abgeben werden, widerspricht er, vielmehr werde es zu einer Überforderung der Ortschaften kommen, wenn fachliche Kompetenzen dorthin abgegeben werden. Die Wahl des Ortsvorstehers aller fünf Jahr führe zudem die Kontinuität der Arbeit in den Ortschaften ad absurdum.

Frau Caspary: Sie weist nochmals darauf hin, dass die Landesdirektion der Einführung inhaltlich bereits zugestimmt habe. Ein Ortsvorsteher könne bei guter Arbeit im Übrigen immer wieder gewählt werden.

**Abstimmungsergebnis:** Ablehnung  
Ja 7 Nein 9 Enthaltung 2

Der Ortsbeirat Prohlis stimmt dem Antrag nicht zu.

## **7 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte**

Herr Leukert dankt für die Einsetzung des Pollers auf der Lenbachstraße, welcher den Schulweg zur 47. Grundschule wieder sicherer mache und fragt an, was bei dem ehemaligen Schulgebäude an der Windmühlenstraße vorgesehen ist, Sanierung, Abriss oder Fremdnutzung?

Herr Lämmerhirt: Das Gebäude sollte längst abgerissen sein, leider fehlten dafür bisher die nötigen Mittel im Haushalt.

Herr Gilke: Er begrüßt die bestehenden Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber als integrative Maßnahme und fragt an, wie viele Plätze es gibt und ob noch mehr Asylbewerber eingebunden werden können?

Herr Lämmerhirt: Im Ortsamtsbereich Prohlis gäbe es derzeit zwölf Arbeitsgelegenheiten, die Betreuung erfolge in enger Zusammenarbeit mit dem Ortsamt durch die Gemeinnützige Gesellschaft Striesen-Pentacon e. V. Derzeit sei die Verlängerung der Maßnahme über den Winter hinaus geplant. Weitere Plätze wären wünschenswert, könnten aber organisatorisch durch das Ortsamt nicht abgedeckt werden (es bestünden noch 15 zu betreuende Plätze im Ortsamtsbereich Leuben). Insgesamt gäbe es im Stadtgebiet derzeit 200 derartige Plätze.

Herr Staudinger: Welche Arbeiten werden konkret ausgeführt?

Herr Lämmerhirt: Es handle sich um Arbeiten, die früher über ABM und 1-Euro-Job erledigt worden seien, z. B. in der Landschaftspflege.

Herr Schneider: Er fragt an, wofür der Ausweis für Ortsbeiräte von Nutzen ist?

Frau Apfelbaum: Das Ausweis diene bei Anfragen z. B. an Behörden als Legitimation.

Herr Gilke verweist auf den Text auf der Rückseite des Dokuments, der neben der Auskunftserteilung auch zum Zutritt zu Räumen und Veranstaltungen im Rathaus berechtige.

Herr Lämmerhirt: Wer noch nicht einen solchen Ausweis besitzt und dies wünscht, kann sich an das Ortsamt wenden (Lichtbild erforderlich).

Herr Dr. Geier: Er spricht die Sicherung einer Bruchkante im Lockwitztal an, die er bereits an das Ortsamt gemeldet habe und schlägt vor, die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen durch die beschäftigten Asylbewerber ausführen zu lassen. Anwohner hätten dort spielende Kinder beobachtet, es bestehe die Gefahr des Absturzes in den darunterliegenden Steinbruch.

Herr Lämmerhirt: Der Mitarbeiter für Ordnung und Sauberkeit im Ortsamt habe sich bereits intensiv mit dem Problem beschäftigt. Die zuständigen Fachämter seien bei der Lösungsfindung mit einbezogen.

Weiterhin weist Herr Dr. Geier auf starken Unkrautbewuchs auf dem Fahrradweg Dohnaer Straße stadteinwärts vor der Einmündung in die Erich-Kästner-Straße (gegenüber Mc Donald) hin.

Herr Thater lädt alle Anwesenden herzlich zum 24. Prohliser Herbstfest ein.

Herr Munkelt: Gibt es neue Informationen zur künftigen Nutzung des Schulgebäudes der ehemaligen 79. Mittelschule in Lockwitz?

Herr Lämmerhirt: Die Vorlage zur Vergabe sei zur ersten Lesung im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften gewesen, von dort sei sie in den Bildungsausschuss verwiesen worden. Es solle geprüft werden, ob nicht doch noch eine städtische Grundschule eingerichtet werden könne. Zum künftigen Betreiber könne er derzeit nichts sagen (kein öffentliches Verfahren), dieser werde sich aber nach Bekanntmachung der Bürgerschaft in Lockwitz vorstellen.

Frau Dr. Franck: Die Sanierung der Lärmschutzwände an der Dohnaer Straße sei ihr vom Ablauf her unverständlich. Im Frühjahr sei der Abschnitt zwischen Erich-Kästner-Straße und Langem Weg saniert worden, jetzt beginnende Arbeiten erfolgten jedoch nicht an den Stellen, die bereits für die Sanierung vorbereitet worden seien (Entfernung Efeu) und dringenden Sanierungsbedarf aufwiesen (herunterfallende Bretter).

Herr Lämmerhirt: Das Ortsamt werde sich dazu kundig machen.

Herr Petersen berichtet vom letzten Sonntagsfrühstück des Netzwerkes „Prohlis ist bunt“ mit Asylbewerbern, das Angebot werde weitergeführt.

Frau Adam: Der Lockwitzbach drohe im Bereich Am Wehr (oberhalb Frosch/Am Gückelsberg) zu versanden (Sedimentierung).

Herr Lämmerhirt: Er habe demnächst ein Gespräch mit der Landestalsperrenverwaltung und werde das Problem ansprechen.

Herr Stein kritisiert die Handhabung der Rechtschreibung bei etlichen Vorlagen.

## **8 Informationen des Ortsamtsleiters (u. a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)**

Herr Lämmerhirt führt aus, dass der Eindruck der letzten Tage und Wochen zum Flüchtlingsthema allen gegenwärtig sei, Prognosen für Flüchtlingszahlen, die bisher von ihm im Ortsbeirat

benannt wurden, hätten sich leider im Nachhinein oftmals als Makulatur herausgestellt. Vor diesem Hintergrund seien auch die heute genannten Zahlen unter Vorbehalt zu betrachten.

Für dieses Jahr sei in Dresden mit der Zuweisung von 5.365 Flüchtlingen zu rechnen (im Jahr 2014 waren es insgesamt ca. 1.300 Zuweisungen).

Im August seien 295 Asylbewerber zugewiesen worden, bisher handle es sich um 1.400 Zuweisungen in diesem Jahr (Stand Ende August).

Die Herausforderung für die Stadt sei riesig, es werde weiter mit Nachdruck nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht.

Nichts geändert habe sich am Bestand von 74 Gewährleistungswohnungen mit 454 Plätzen im Ortsamtsbereich Prohlis, diese Plätze seien nahezu ausgelastet.

Übergangwohnheim Lockwitztalstraße: Die Baugenehmigung sei erteilt worden, die Bauarbeiten liefen auf Hochtouren. Verhandlungen zwischen Betreiber und Sozialamt zur Finanzierung des Sicherheitskonzeptes seien positiv verlaufen, die Eröffnung der Einrichtung erfolge höchstwahrscheinlich im November.

Heidenauer Straße: Auf Grund der ständigen Erhöhung der Zuweisungsprognosen müsse der Standort eher ans Netz gehen, als geplant. Das Objekt stehe bis auf die Nutzung einiger Räume durch ein Unternehmen leer, die künftige Nutzung werde derzeit vorbereitet (z. B. Sanitärcontainer im Hof). Anfang Oktober werde das Heim mit verringerter Kapazität (ca. 100 Personen) ans Netz gehen, eine Erhöhung der Belegung erfolge erst nach weiteren Umbauarbeiten. Weiterhin sei dort die Einrichtung einer Clearingstelle geplant, die Gesamteinbetriebnahme erfolge im Frühjahr 2016.

Es würden weitere Objekte im gesamten Stadtgebiet auf ihre Eignung hin geprüft, im Ortsamtsbereich Prohlis gäbe es derzeit aber keine konkreten Standorte. Der Stadtrat habe den Beschluss über einen Notfallplan gefasst, dieser sehe vor, dass kein Asylbewerber den Winter im Zelt verbringen muss.

Herr Gilke: Sanitärcontainer seien derzeit Mangelware, könne die Bereitstellung solcher Interimslösungen für die Heidenauer Straße überhaupt gewährleistet werden?

Herr Lämmerhirt: Er werde sich diesbezüglich beim Sozialamt erkundigen.

Abschließend zu diesem Thema versichert Herr Lämmerhirt, dass aktuelle Informationen zeitnah an den Ortsbeirat weitergeleitet würden, er bittet darum, nicht allen Gerüchten Glauben zu schenken.

Sehr begrüßt Herr Lämmerhirt die Bildung einer Willkommenskultur für Asylbewerber in Lockwitz durch die Gründung eines Bürgernetzwerkes, er bittet Frau Dr. Frank um Vorstellung.

Frau Dr. Franck führt aus, dass es sich um ca. 50 Teilnehmer handle, weit über die Grenzen der Kirchengemeinde Lockwitz hinaus. Neben dem Heim auf der Lockwitztalstraße sehe man auch die Heidenauer Straße als künftige Aufgabe. Derzeit suche man noch nach einem Namen für das Netzwerk. Ganz konkret seien bereits Aktivitäten geplant (z. B. Benefizkonzert am 26.09. in der kath. Gemeinde „Heilige Familie“ Zschachwitz), eingeworbene Gelder sollen Initiativen, die Flüchtlinge unterstützen, zur Verfügung gestellt werden. Für die Heidenauer Straße solle ein



Begrüßungsfest organisiert werden. Gesucht werde noch nach einer Unterstützung durch Sportvereine und umliegende Schulen, damit Asylbewerber sich sportlich betätigen können. Weitere Schwerpunkte würden Sprachkurse und Patenschaften sein.

Herr Lämmerhirt betont den überkonfessionellen Charakter der Initiative, der lobenswert sei.

Er dankt allen Anwesenden für die angeregte Diskussion.

Die Sitzung endet 20:25 Uhr.

Jörg Lämmerhirt  
Vorsitzender

Steffen Schüller  
Schriftführer

Heiko Thater  
OBR-Mitglied

Frank Christian Ludwig  
OBR-Mitglied